

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

David Schiepek, Hutmacherstr. 10, 91550 Dinkelsbühl

An den
Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl
Dr. Christoph Hammer
Segringer Str. 30
91550 Dinkelsbühl



Dinkelsbühl, 11. Juni 2020

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Aufnahme von Geflüchteten in Dinkelsbühl

Sehr geehrter Herr Dr. Hammer,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bringt folgenden Antrag in den Stadtrat ein:

Der Stadtrat wolle beschließen, dass

1. Die Stadt Dinkelsbühl sich solidarisch mit den über 40.000 Geflüchteten auf den griechischen Inseln und allen Menschen auf der Flucht weltweit erklärt und sich öffentlich für eine humanere Migrationspolitik, die Wahrung der Menschenrechte an den Außengebieten der EU und die Schaffung eines bundes- oder landesweiten Aufnahmeprogramms einsetzen will;
2. Die Stadt Dinkelsbühl sich öffentlich dazu bereiterklärt, das Landratsamt Ansbach bei der Unterbringung besonders schutzbedürftiger Personen, die in den Lagern an den Außengebieten der EU untergebracht sind und über die reguläre Aufnahmequote hinaus aufgenommen werden sollen, zu unterstützen. Darunter insbesondere aber Minderjährige und ihre Familien sowie Menschen mit Vorerkrankungen.

Begründung:

„Zuhause bleiben!“, um die Corona-Pandemie einzudämmen, ist ein Privileg, das nicht wenigen in Europa versperert bleibt: Über 40.000 Geflüchtete harren bereits seit mehreren Jahren in völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln an den europäischen Außengebieten aus. Die Zustände in den Lagern, die zur Abschreckung bewusst errichtet wurden, spitzen sich in den letzten Monaten dramatisch zu: Schwerer Gewalt, Vergewaltigungen und Krankheiten ausgesetzt sowie ohne Schule, Arbeit oder andere Betätigungsmöglichkeit warten die Menschen über Jahre und Monate völlig zusammengepfertcht auf den Beginn ihres Asylverfahrens. Kinder und Jugendliche, oft ohne ihre Familie, erleben Traumata. Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl werden tagtäglich verletzt.



Nun, angesichts der Pandemie, während der wir hierzulande richtigerweise alles daran setzen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und solidarisch mit Risikogruppen sind, droht die Situation in den Lagern zu eskalieren. Covid-19 könnte zur Todesfalle werden, wie Ärzt*innen warnen. Die Menschen teilen sich im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos einen Wasseranschluss mit über 1000, Duschen mit über 200 und Toiletten mit über 100 Bewohner*innen. Es gebe kaum Seife oder Desinfektionsmittel. (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-griechenland-fluechtlingslager-100.html>)

Jetzt ist Handeln gefragt, natürlich hauptsächlich von Seiten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Wir können uns in Dinkelsbühl dennoch nicht unserer Verantwortung entziehen. Wenn wir bereits einen kleinen Beitrag leisten, können wir Leben retten. Unser nach wie vor immenser wirtschaftlicher Wohlstand und unser christliches bzw. humanistisches Menschenbild gebieten es, zu handeln.

Gemeinsam mit über 150 Kommunen, die sich in den letzten Monaten ebenfalls solidarisch mit Geflüchteten erklärt haben, können wir unsere Menschlichkeit beweisen und uns bereiterklären, eine bestimmte Anzahl an besonders Schutzbedürftigen aus den Lagern bei uns unterzubringen und ihre Betreuung zu gewährleisten. Dazu gilt es, dem Landratsamt, welches rechtlich und finanziell für die Aufnahme der Geflüchteten zuständig ist, zu signalisieren, dass wir in Dinkelsbühl eine kleine Anzahl an besonders Schutzbedürftigen unterbringen können. Gemeinsam mit dem Landratsamt und anderen Kommunen im Landkreis werden wir zu einer *Allianz der Menschlichkeit*. Jede Stadt, die sich dieser Allianz anschließt, hilft dabei, Handlungsdruck auf die Bundesregierung und die EU auszuüben.

Dinkelsbühl ist bereit dazu, Menschlichkeit walten zu lassen. Seit 2015 wurden vor Ort hervorragende Hilfsstrukturen etabliert, wobei die Stadt stets hervorragende Unterstützung geleistet hat: Das Helferkreisnetzwerk in Dinkelsbühl arbeitet unglaublich engagiert und erfolgreich, die Kirchen boten Wohnraum und richteten eine Asylsozial- und Migrationsberatung ein, im Herbst wird voraussichtlich die neue Integrations-Mediathek in der Alten Hauptschule eröffnet, etc.

Der Ruf nach Menschlichkeit und einem Handeln unserer Stadt äußert sich neben der Kampagne *#LeaveNoOneBehind - Wir lassen niemanden zurück* auch im offenen Brief der Helferkreise im Landkreis Ansbach vom 2. April 2020 (Anlage 1). Außerdem haben der Dinkelsbühler Helferkreis für Flüchtlinge (Anlage 2) sowie Herr Spahlinger und Herr Pollithy als Vertreter der Kirchen (Anlage 3, wird vor der Stadtratssitzung als E-Mail nachgereicht) Stellungnahmen zum Antrag verfasst, in denen sie die Bedeutung der Maßnahme hervorheben.

Lassen Sie uns gemeinsam das Zeichen setzen, dass die große Welle der Solidarität, die in den letzten Wochen und Monaten zu spüren ist, auch den Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln gilt. Wir lassen niemanden zurück!

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

David Schiepek

stellvertretender Fraktionsvorsitzender